

Auf unsere Gesellschaft kommen durch die Corona-Krise und die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung gigantische Lasten zu. Diese Lasten werden uns noch jahrelang verfolgen - und jemand wird sie tragen müssen. In der letzten Wirtschaftskrise nach 2008, die bekanntlich durch unverantwortliche Zockereien am Finanzmarkt ausgelöst wurde, waren das wir, die breite Bevölkerung. So weit darf es nicht wieder kommen! Alle leisten derzeit einen Beitrag, die Reichsten müssen das auch tun.

Deswegen fordert Attac einen Corona-Lastenausgleich.

Der extreme Reichtum einiger weniger hat in Österreich geradezu obszöne Ausmaße erreicht: Das reichste 1 Prozent in Österreich besitzt über 40 Prozent des gesamten Privatvermögens, das sind ungefähr 500 Milliarden Euro. Die 40 reichsten Familien des Landes besitzen je über 1 Milliarde Euro. Die unteren 50% der Bevölkerung besitzen zusammen gerade einmal 2,5% des Privatvermögens, also fast nichts.

Unsere Forderung: Vermögen ab 5 Millionen Euro soll daher mit 10 Prozent, ab 100 Millionen Euro mit 30 Prozent und ab einer Milliarde Euro je einmalig mit 60 Prozent einen Beitrag leisten.

Werden die Reichsten nicht an den Lasten der Krise beteiligt, besteht die Gefahr, dass nach der Krise Arme und Arbeitslose draufzahlen, ebenso wie jene, die uns jetzt durch diese Krise tragen und deren unverzichtbare Arbeit jetzt so gepriesen wird – z.B. Pflegekräfte, Reinigungspersonal, Supermarktmitarbeiter*innen, Erntehelfer*innen und Ärzt*innen. Insgesamt könnten mit dem Corona-Lastenausgleich in Österreich - konservativ gerechnet - rund 70 bis 80 Milliarden Euro eingenommen werden; mehr als ein Drittel davon allein von Milliardär*innen.

Diese Einnahmen aus dem Corona-Lastenausgleich decken die notwendigen Ausgaben für Unternehmen, Beschäftigung, Gesundheit und Soziales. Sie geben uns darüber hinaus die Mittel für wichtige Zukunftsinvestitionen, etwa zur Bekämpfung der Klimakrise und für die soziale-ökologische Umgestaltung der Wirtschaft. Der Lastenausgleich senkt die krasse und jahrzehntelang gestiegene Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Er bildet den Einstieg in die überfällige gerechtere Besteuerung von Vermögen. Der Weg aus der Coronakrise kann und darf keine Rückkehr zum alten Status Quo sein, sondern muss uns in eine bessere Zukunft führen.

Wir müssen unsere Gesellschaft widerstandsfähiger, gerechter und demokratischer machen!